

Kurzbericht

Ausschuss für Inneres und Sport

(18. - öffentliche - Sitzung am 25. Mai 2023)

Tagesordnung:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung niedersächsischer Rechtsvorschriften aus Anlass der Vereinheitlichung des Stiftungsrechts**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/1299

Der Ausschuss erörtert die Grundzüge des Gesetzentwurfs und bespricht Verfahrensfragen. Er beschließt einstimmig, eine schriftliche Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände zu dem Gesetzentwurf einzuholen.

2. **Erweiterung der Polizeilichen Kriminalstatistik und weiterer polizeilicher Lagebilder**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/1242

Der Ausschuss bespricht Verfahrensfragen. Er beschließt einstimmig, die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung zu bitten.

3. **Den Gefahren für die Demokratie entgegenzutreten - dem Links- und Klimaextremismus keinen Raum geben und analog zu anderen Extremismusformen bekämpfen!**

Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 19/1227

Der Ausschuss bespricht Verfahrensfragen. Er beschließt einstimmig, die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung zu bitten.

4. **Mängel bei der Erhebung von Gebühren für polizeiliches Handeln beseitigen**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/1297

Der Ausschuss erörtert die Grundzüge des Gesetzentwurfs und bespricht Verfahrensfragen. Er beschließt einstimmig, die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung zu bitten.

5. **Beschlussfassung über die Anträge auf Unterrichtung durch die Landesregierung zu den Themen**

a) **Polizeiliches Handeln anlässlich der unangemeldeten Demonstration und des Hausfriedensbruchs durch Greenpeace am 3. Mai 2023 im Niedersächsischen Landtag**

Der Ausschuss beschließt einstimmig, dem Antrag der Fraktion der CDU zu folgen, und bittet die Landesregierung um eine Unterrichtung. Anschließend nimmt er die Unterrichtung entgegen und führt darüber eine Aussprache.

b) **Auswirkungen des Beschlusses der MPK am 10. Mai 2023 – Gemeinsame Flüchtlingspolitik von Bund und Ländern - auf die zukünftige Asyl- und Flüchtlingspolitik des Landes**

Der Ausschuss folgt dem Antrag der Fraktion der CDU und bittet die Landesregierung um eine entsprechende Unterrichtung.

6. **Beschlussfassung über einen Antrag auf mündliche Unterrichtung durch die Landesregierung zum „Waffenbesitz der Reichsbürgerszene in Niedersachsen“**

Der Ausschuss berät über den Antrag der Fraktion der CDU. Der Ausschuss kommt überein, die Landesregierung um eine Unterrichtung als Fortsetzung der in der 6. Sitzung am 19. Januar 2023 erfolgten Unterrichtung zur Razzia gegen ein mutmaßliches Reichsbürgernetzwerk zu bitten.